



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 30.11.2016  
COM(2016) 769 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT,  
DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN  
AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Energiepreise und -kosten in Europa**

{SWD(2016) 420 final}

## Einleitung

Energie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres täglichen Lebens. Wir brauchen Energie für Heizung, Kühlung, Beleuchtung und Fortbewegung; sie ist wesentlich für das Funktionieren unserer Wohnungen, Büros, Arbeitsplätze und der gesamten Wirtschaft. Ihre Bedeutung macht ihre Zugänglichkeit zu einem politisch sensiblen Thema. Dies ist einer der Gründe, warum die Kommission ihre Strategie für die Energieunion vorgelegt hat. Auch der Preis der Energie ist eine sensible Angelegenheit. Auf der einen Seite können niedrige Preise günstig sein – sie stärken unsere Kaufkraft, heben unseren Lebensstandard und senken die Kosten für unsere Unternehmen, wodurch sie deren Wettbewerbsfähigkeit steigern. Da Energie über Märkte geliefert wird, brauchen Energieanbieter jedoch gleichzeitig Preise, mit denen sie ihre Kosten decken und Investitionen zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung tätigen können. Hohe Preise senden Signale für eine Reduzierung der Nutzung CO<sub>2</sub>-intensiver Energie oder zur Förderung der Energieeffizienz sowie für den Einsatz von umweltgerechten Ökodesign-Produkten und sauberen Technologien aus.

Die Geschichte der Energiepreise und -kosten weist große Veränderungen auf, die mit erheblichen Auswirkungen verbunden waren. In den 1970er und 1980er Jahren trieben Beschränkungen seitens der Öllieferanten die Preise in die Höhe und lösten wirtschaftliche Schocks aus. In jüngerer Zeit haben neue Energieangebote und die zunehmende Nutzung alternativer Energiequellen die Versorgung gestärkt, während Energieeffizienzmaßnahmen und ein schwaches Wachstum die Nachfrage gedrosselt und Großhandelspreise gedrückt haben. Die EU hat Folgendes festgestellt: Je wettbewerbsgeprägter und liquider der Energiemarkt und je vielfältiger und zahlreicher unsere Energieträger und -anbieter, desto weniger sind wir einer solchen Volatilität ausgesetzt.

2014 erarbeitete die Europäische Kommission einen ersten Bericht zu Energiepreisen und -kosten.<sup>1</sup> Dieser zeigte ein Bild hoher globaler Energiepreise, wobei die Preise sich zwischen den EU-Mitgliedstaaten erheblich unterschieden und für Europa bedeutend höher als für seine internationalen Handelspartner – vor allem die Vereinigten Staaten – waren. Die Endkundenpreise waren aufgrund von Anstiegen bei den Netzpreiskomponenten sowie bei den Steuern und Abgaben stärker als die Großhandelspreise gestiegen. Aufgrund mangelnder Daten wurde empfohlen, Details, Transparenz und Konsistenz der Datenerhebung für Energiepreise zu verbessern.<sup>2</sup> Den politischen Schlussfolgerungen des Berichts zufolge deuten die angeführten Daten und Nachweise auf eine nur teilweise Entwicklung des Binnenmarkts für Energie und einen Bedarf an weiteren Maßnahmen hin, um Energieeffizienz und -sicherheit sowie die Diversität der Energieversorgung mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu erhöhen. In der Rahmenstrategie für die Energieunion und ihrem Fahrplan sind im Rahmen dieser Arbeit ab 2016 alle zwei Jahre Maßnahmen vorgesehen<sup>3</sup>

Dieser zweite Bericht aktualisiert die Analyse in vielerlei Weise. Zunächst sind die Daten zu Energiepreisen durch umfassende *Ad-hoc*-Datenerhebung in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten erheblich verbessert worden, so dass einige der Schlussfolgerungen, die wir ziehen können, jetzt sogar noch detaillierter und klarer sind. Die Daten wurden noch weiter aktualisiert, und nun zeigen sie das jüngste verfügbare Bild der Energiepreise in den Sektoren Strom, Gas und Erdölzeugnisse. Darüber hinaus wurde die Analyse der aggregierten und Fallstudien-Daten verbessert, was es uns ermöglicht, die Trends und Auswirkungen der Energiepreise für Haushalte (speziell diejenigen mit niedrigem Einkommen) und die Industrie (insbesondere energieintensive Branchen) eingehender zu

---

<sup>1</sup> COM(2014) 21 /2.

<sup>2</sup> Dies führte zum Vorschlag der Kommission und der Verabschiedung der Verordnung (EU) Nr. 2016/1952 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Erdgas- und Strompreisstatistik vom 26. Oktober 2016.

<sup>3</sup> Siehe Verweise in der Maßnahme 8 der Rahmenstrategie für die Energieunion (Februar 2015) und den aktualisierten Fahrplan für die Energieunion (November 2015).

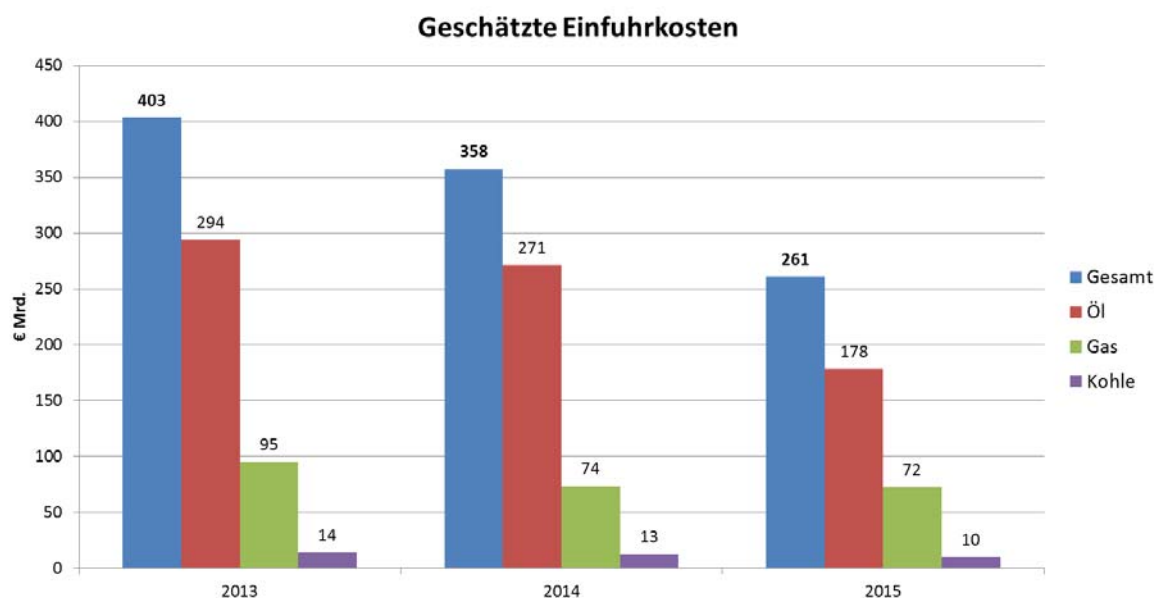
untersuchen. Die Betrachtung der *Energiekosten* hilft uns zu verstehen, wie wir auf Energiepreise reagieren können, nämlich oft, indem wir die Energie effizienter nutzen. Der Bericht stützt sich auf die Nachweise in dem begleitenden Arbeitsdokument der Dienststellen und auf Studien, die im Namen der Kommission durchgeführt wurden.

# 1. Kosten der Energieeinfuhr in der EU

Angesichts des großen Anteils an Energieimporten zeigt sich die Auswirkung der Preise und unseres Energieverbrauchs sehr deutlich an den Kosten der EU für die Einfuhr fossiler Brennstoffe. Sie zeigt, wie die EU-Wirtschaft globalen Trends bei den Energiepreisen ausgesetzt ist, und sie erinnert uns auch daran, dass unser Verbrauch von fossilen Brennstoffen zur Senkung der Energieeinfuhrkosten durch höhere Energieeffizienz und kosteneffiziente einheimische Energieressourcen gesenkt werden kann.

Die Energieeinfuhrkosten stiegen von 238 Mrd. EUR im Jahr 2005 auf 403 Mrd. EUR im Jahr 2013. Rückgänge in den Preisen für Energieprodukte und beim Verbrauch senkten diese Kosten 2015 auf 261 Mrd. EUR und damit ungefähr 35 % unter den Stand von 2013. Der Preisrückgang war die Hauptursache für die Senkung, denn wengleich der Verbrauch an allen drei fossilen Brennstoffen fiel, ist auch die Produktion dieser Brennstoffe in der EU zurückgegangen, sodass die Nettoeinfuhren (und die Abhängigkeit der EU von der Einfuhr fossiler Brennstoffe) gestiegen sind.

**Abbildung 1: Geschätzte Einfuhrkosten für fossile Brennstoffe in der EU**



Quelle: Eigene Berechnung der Kommission

Die Preise für alle fossilen Brennstoffe sind (am deutlichsten für Öl) zurückgegangen. Dies war bedingt durch Anstiege beim Angebot (Schieferöl und -gas aus den USA, kanadischer Ölsand, starke Produktion der OPEC, verstärkte globale Gas- (einschließlich LNG) und Kohleproduktion) und eine schwächere Nachfrage (langsames globales Wachstum vor allem in China, aber auch strukturelle Veränderungen auf der Nachfrageseite, darunter zunehmende Energieeffizienz und alternative Brennstoffe in den Sektoren Wohnung und Verkehr, gefördert durch politische Maßnahmen für die Energieeffizienz von Gebäuden und Fahrzeugen).

Mit dem Rückgang der Preise für eingeführte fossile Brennstoffe stieg das verfügbare Einkommen der Haushalte. Ähnliche Auswirkungen lassen sich für eine ganze Reihe von Sektoren wie Verkehr und energieintensive Industrien beobachten. Zu einer Zeit kontinuierlich verhaltenen Wirtschaftswachstums hat dies zu einer „einmaligen“ Ankurbelung der Wirtschaft in der EU geführt, die auf eine potenzielle Steigerung des BIP um 0,8 % für 2015 und 0,5% für 2016 geschätzt wurde<sup>4</sup>.

<sup>4</sup> Winterprognosesimulationen 2015 der Kommission.

## 2. Strompreise in Europa

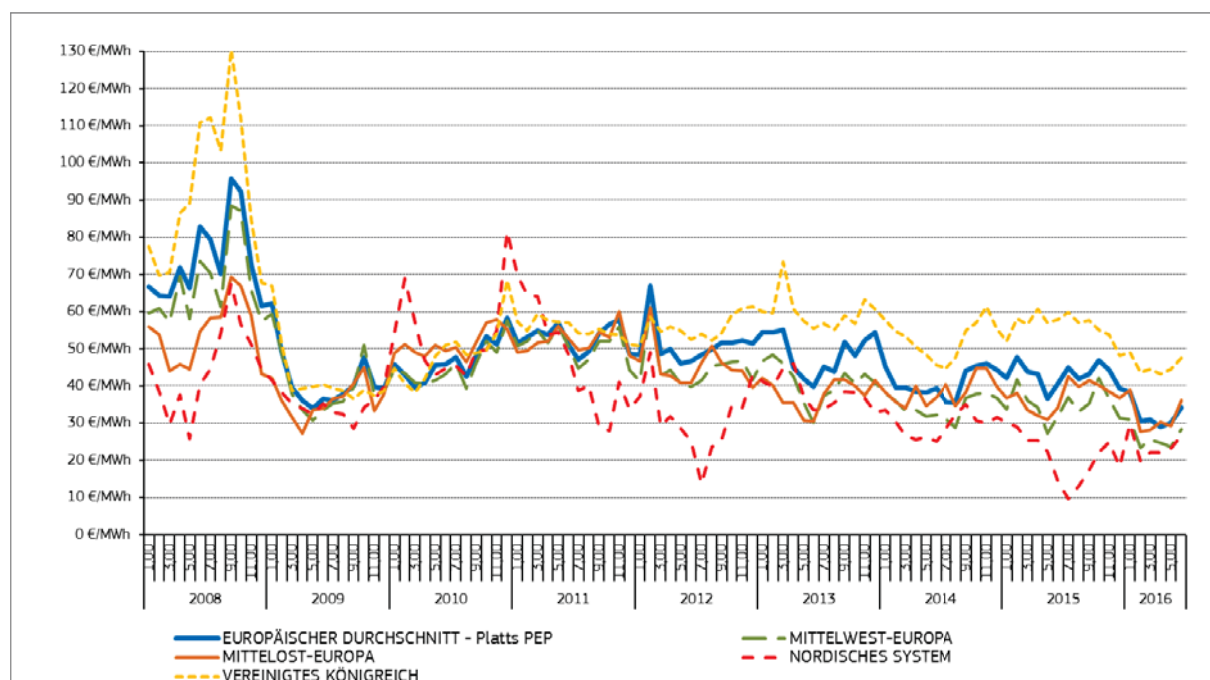
### 2.1 Großhandelspreise

Mit der Entwicklung des Binnenmarkts waren die Großhandelsstrompreise in Europa in den vergangenen Jahren großen Schwankungen unterworfen. Großhandelsstrombörsen wurden in fast allen Mitgliedstaaten für Day-Ahead-, Termin- und Intraday-Geschäfte eingerichtet. Flexible und liquide Märkte können eine effizientere Abstimmung von Angebot und Nachfrage ermöglichen, die die Erzeugungskosten und somit die Preise senkt. Ein solcher Austausch sollte auf den reifsten Märkten auch bilaterale „außerbörsliche“ Vertragspreise lenken.

Allmählich werden diese separaten nationalen Großhandelsmärkte mit benachbarten Märkten gekoppelt, die — zusammen mit mehr Übertragungsnetzverbindungen — liquidere und effizientere Märkte schaffen.

Preise werden von verschiedenen Faktoren bestimmt, darunter Brennstoffmix, grenzüberschreitende Verbindungen, Marktkopplung, Marktanbieterkonzentration und Witterungsbedingungen. Desgleichen beeinflussen Nachfrage von Verbrauchern und Industrie, Energieeffizienz und Witterung die „Nachfrageseite“ des Markts.

**Abbildung 2: Trends bei den Großhandelsstrompreisen in der EU**



Quelle: Platts und europäische Strombörsen

Die europäischen Großhandelspreise verzeichneten im dritten Quartal 2008 einen Höchststand und sind seitdem abgesehen von einer leichten Erholung im Jahr 2011 gefallen. Seit 2008 sind die Preise um fast 70 % und seit 2011 um fast 55 % gesunken<sup>5</sup>, und 2016 erreichten sie den tiefsten Stand seit 12 Jahren.

Die Weitergabe von gesunkenen Kohle- und Gaspreisen war zusammen mit anderen Faktoren die treibende Kraft für die Strompreise:

- Ökonometrische Analysen legen nahe, dass eine Steigerung von 1 % beim Anteil der fossilen Brennstoffe (Kohle, Gas und Öl) im Stromerzeugungsmix je nach regionalem Markt zu einem Anstieg von 0,2-1,3 EUR/MWh des Großhandelsstrompreises führt;
- Marktkopplung: Länder die an einem oder mehreren gekoppelten Gebieten beteiligt sind, haben eine bessere Preiskonvergenz mit benachbarten Märkten und geringere Preisunterschiede;

<sup>5</sup> gewichteter durchschnittlicher Strompreis in Europa (Platts).

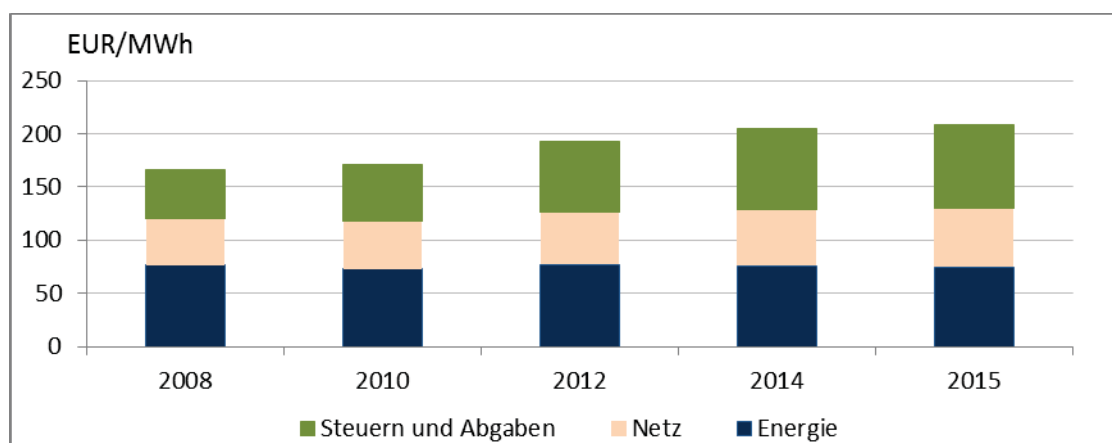
- zunehmende Verbindungskapazität: Märkte mit einer Vernetzung von <10 % erlebten leicht höhere Preise als diejenigen mit einer Vernetzbarkeit >10 %. Dies zeigt, wie wichtig eine Weiterentwicklung des Binnenmarkts für Strom und der grenzüberschreitenden Vernetzung ist;
- auf manchen Märkten senkt das Aufkommen des Stroms aus Solar- und Windkraftanlagen mit geringen Grenzkosten die Großhandelspreise. Ökonometrische Analysen legen nahe, dass jede Zunahme beim Anteil erneuerbarer Energien um einen Prozentpunkt den Großhandelsstrompreis in der EU um durchschnittlich 0,4 EUR/MWh sinken lässt; die tatsächliche Verringerung ist abhängig vom regionalen Markt und der von erneuerbaren Energien ersetzten Brennstoffquelle. In Nordwesteuropa, im Baltikum und in Mittel- und Osteuropa ist der Einfluss von erneuerbaren Energien stärker (0,6-0,8 EUR/MWh);
- geringere Nachfrage aufgrund eines verhaltenen Wirtschaftswachstums in Verbindung mit Kapazitätsausbau hat in einigen Ländern zu Überkapazitäten geführt, und
- die geringere Nachfrage nach CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und das hohe Angebot an internationalen CDM-Gutschriften hat einen starken Überschuss auf dem ETS-Markt bewirkt, was zu geringeren CO<sub>2</sub>-Preisen führt, die in Großhandelspreisen weitergegeben werden.

## 2.2 Endkundenpreise für Strom in Europa

In vollkommen wettbewerbsgeprägten Märkten sollten Änderungen auf den Großhandelsmärkten rasch und vollständig an die Endkundenmärkte weitergegeben werden. Doch in Europa wird diese Weitergabe durch verschiedene Faktoren eingeschränkt.<sup>6</sup> Darüber hinaus ist ein großer Anteil der Endkundenpreise das Ergebnis einer Regulierung in Form von Steuern und Abgaben oder von regulierten Netztarifen.

**Der durchschnittliche<sup>7</sup> Strompreis für Privathaushalte lag 2015 bei 208,7 EUR/MWh.** Im Gegensatz zu den Großhandelspreisen stieg der Durchschnittspreis zwischen 2008 und 2015 um durchschnittlich 3,2 % pro Jahr. Um die Gründe für diesen Trend besser zu verstehen, müssen die verschiedenen Preiskomponenten im Einzelnen untersucht werden. Abbildung 3 zeigt die Entwicklung des gewichteten Durchschnittspreises für Strom für Privathaushalte in der EU, untergliedert in seine drei Hauptkomponenten (Energie, Netz sowie Steuern und Abgaben).

**Abbildung 3: Komponenten der durchschnittlichen Endkundenstrompreise für Privathaushalte**



Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

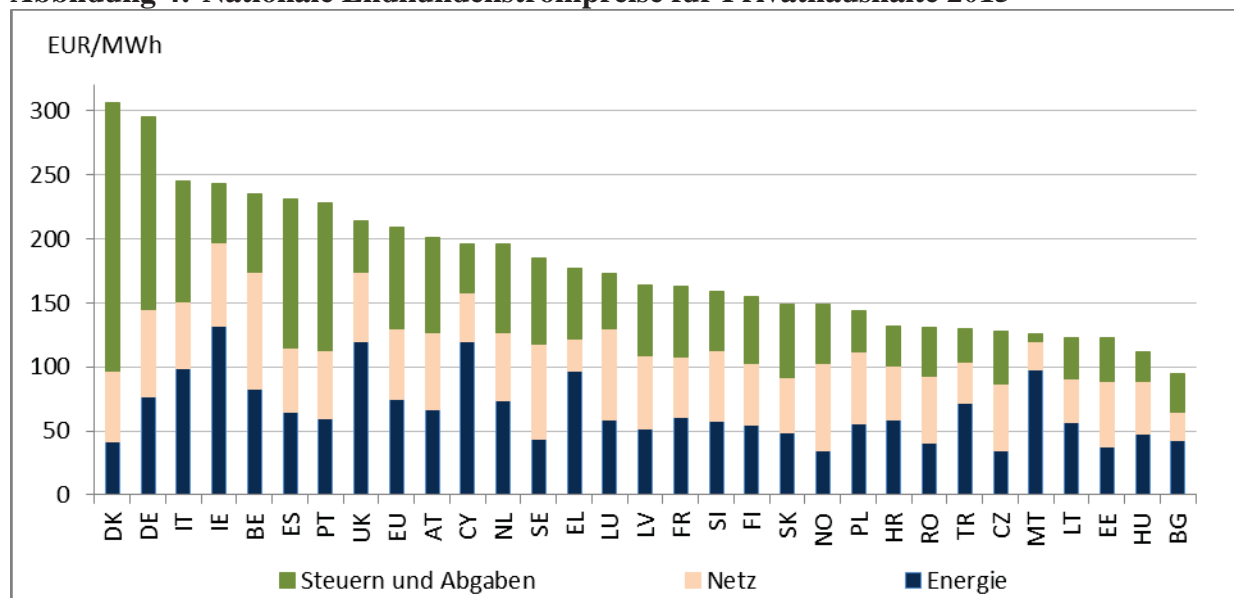
Die **Energiekomponente** (Anteil des an den Stromhändler gezahlten Preises) ging zwischen 2008 und 2015 um 15 % zurück. Diese im Vergleich zu den größeren Veränderungen im Großhandelspreis kleine Änderung lässt vermuten, dass der Wettbewerb auf den

<sup>6</sup> z. B. Marktmacht von etablierten Unternehmen, Eintrittsbarrieren und administrativ regulierte Preise.  
<sup>7</sup> Die Durchschnittspreise beziehen sich auf gewichtete Durchschnittspreise in der EU-28.

Endkundenmärkten nicht vollkommen effizient ist. Die Analyse legt nahe, dass die Weitergabe der Energiekomponente vom Wettbewerbsgrad auf dem Markt und von der Regulierung der Marktpreise abhängt. Im Fall einer Regulierung haben die Endkundenpreise (logischerweise) (in Ausmaß und Geschwindigkeit) weniger auf den Rückgang der Großhandelspreise reagiert. Darüber hinaus ist das Ausmaß, in dem sich diese Energiekomponente zwischen den Mitgliedstaaten unterscheidet, im Zeitraum von 2008 bis 2015 um 19 % zurückgegangen, was darauf hinweist, dass sich die Entwicklung des Binnenmarkts auf die Konvergenz der Großhandelspreise und die Weitergabe dieser Konvergenz an die Endkundenpreise ausgewirkt hat. Insgesamt legt dies nahe, dass es zwar eine gewisse Weitergabe von Änderungen an den Großhandelspreisen gibt, aber dass die Energiekomponente auf dem Binnenmarkt reaktionsfreudiger sein könnte.

Doch wie der Abbildung 3 zu entnehmen ist, waren andere Komponenten größeren Veränderungen unterworfen. Die **Netzkomponente** stieg durchschnittlich jährlich um 3,3 %. Auch die **Komponente Steuern und Abgaben** nahm mit einer Steigerung ihres Anteils am Durchschnittspreis von 28 % auf 38 % erheblich zu.

**Abbildung 4: Nationale Endkundenstrompreise für Privathaushalte 2015**

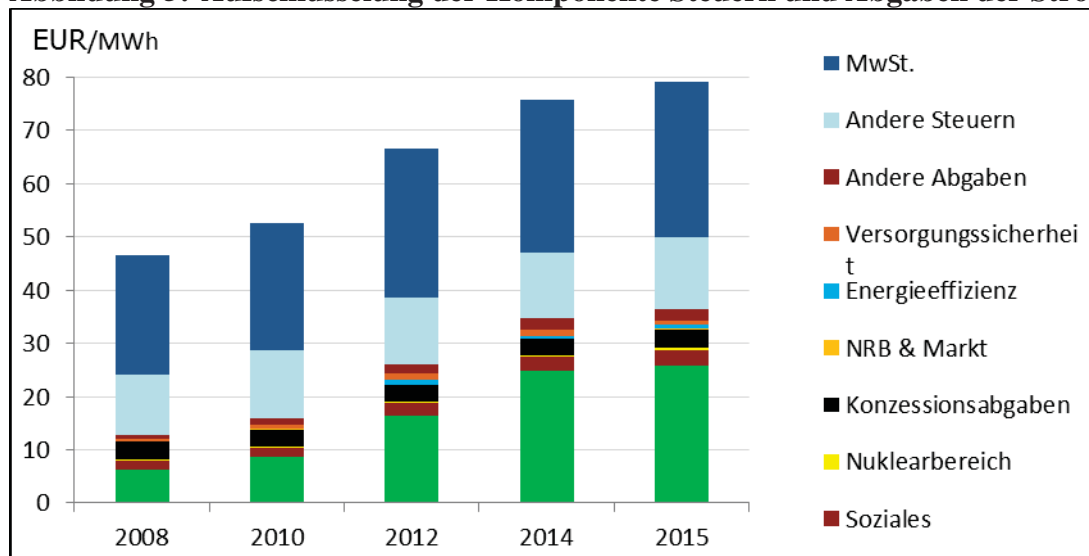


Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

Bei der Analyse der Kommission wurde die Komponente Steuern und Abgaben in zehn Unterkomponenten<sup>8</sup> aufgegliedert, um Steuern und Abgaben konsistent zu erfassen und zu behandeln, die von den Mitgliedstaaten auf die Strompreise für Privathaushalte erhoben werden. Abgaben sind für die Unterstützung bestimmter politischer Maßnahmen vorgesehen, obwohl sie nicht die Gesamtausgaben der Regierung für die jeweilige Maßnahme darstellen. Steuern sind in der Regel nicht für bestimmte politische Maßnahmen vorgesehen.

<sup>8</sup> 1. Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung;  
 2. Soziales (wirtschaftlich schwache Verbraucher, Sozialtarife, Tarifausgleich für Inselsysteme, Versorgung in letzter Instanz, Rentenfonds, beschäftigungspolitische Maßnahmen);  
 3. Unterstützung des Nuklearsektors;  
 4. Energieeffizienz;  
 5. Versorgungssicherheit (Maßnahmen für Versorgungssicherheit, Unterstützung für heimische Stromerzeugung/Brennstoffproduktion, Gebühren für Notvorräte);  
 6. Konzessionsabgaben (meist für die Belegung öffentlicher Flächen);  
 7. NRB und Markt (Finanzierung der nationalen Regulierungsstelle oder eines Marktbetreibers);  
 8. Andere Abgaben (darunter FuE, jährliche Defizite und öffentliche Rundfunkgebühren);  
 9. Mehrwertsteuer;  
 10. Andere Abgaben (Verbrauchssteuern, die von manchen Mitgliedstaaten bezeichnet werden als Stromsteuer, Erdgassteuer, Energiesteuer, Energieverbrauchssteuer, Sonderenergiesteuer, Umweltsteuer und Steuern wie solche für Verteilung, Übertragung und Treibhausgasemissionen).

**Abbildung 5: Aufschlüsselung der Komponente Steuern und Abgaben der Strompreise**



Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

Die Mehrwertsteuer ist mit 37 % der Steuern und Abgaben im Jahr 2015 im Vergleich zu 23 % im Jahr 2008 die größte Unterkomponente. Als eine Ad-valorem-Steuer hat die Mehrwertsteuer den Vorteil, dass sie die Signale der Großhandelspreise in den Endkundenpreisen nicht abschwächt. Die größte für die Energiepolitik berichtete und relevante Unterkomponente besteht aus Abgaben, die „erneuerbare Energie und Kraft-Wärme-Kopplung“ unterstützen. 2015 machte sie 33 % der Gesamtkomponente aus, während es im Jahr 2008 noch 14 % waren.

Hinter dieser Analyse der durchschnittlichen Preise für die Haushalte in der EU verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede in der EU. Die Preise unterscheiden sich zwischen dem billigsten und dem teuersten Land um das Dreifache. Haushaltspolitische Notwendigkeiten und politikbezogene Abgaben in den Mitgliedstaaten führen beim Anteil von Steuern und Abgaben am Endpreis zu großen Unterschieden: Bei der Mehrwertsteuer und anderen Steuern variiert dieser Anteil von 59 % (DK) bis 5 % (MT); Abgaben für erneuerbare Energien und KWK stellen im Durchschnitt 12 % dar<sup>9</sup>, reichen aber von 22-23 % (PT, DE) bis 0-2 % (HU, IE).

Die Zahlen für die Strompreise für die *Industrie*<sup>10</sup> zeigen geringere Anstiege, hier nahm der Durchschnitt in der EU zwischen 2008 und 2015 um 0,8 % bis 3,1 % pro Jahr zu.<sup>11</sup> Abbildung 6 beruht auf einer repräsentativen industriellen Verbrauchergruppe (2 000-20 000 MWh/Jahr). *Große* Energieverbraucher, darunter stromintensivere Industrien, können mitunter eigenen Strom erzeugen, haben langfristige Verträge für die Energieversorgung oder zahlen häufig niedrigere Netztarife, Steuern und Abgaben, was zu Preisen führen kann, die im selben Land um 50 % unter denen für andere gewerbliche Kunden liegen.

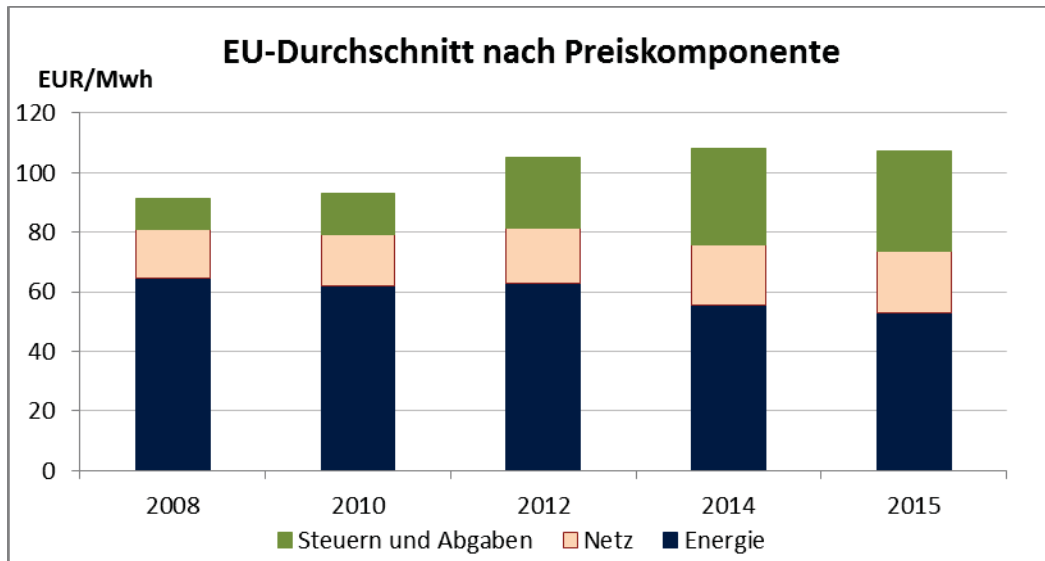
<sup>9</sup> 2015 wurden 28 % des Stroms in der EU aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen.

<sup>10</sup> Im Fall der industriellen Verbraucher enthalten die Endkundenpreise keine MwSt., da sie erstattungsfähig ist.

<sup>11</sup> In der Industrie stiegen die Preise für Energiegroßverbraucher (70 000-150 000 MWh/Jahr; d. h. Eurostat-Verbrauchergruppe IF) jährlich um 0,8 %, für mittlere Verbraucher (2 000-20 000 MWh/Jahr; d. h. Gruppe ID) um 2,3 % und für Kleinverbraucher (20-500 MWh/Jahr, d. h. Gruppe IB) um 3,1 %. Aggregierte Daten geben nicht alle Preisveränderungen für einzelne Unternehmen wieder.



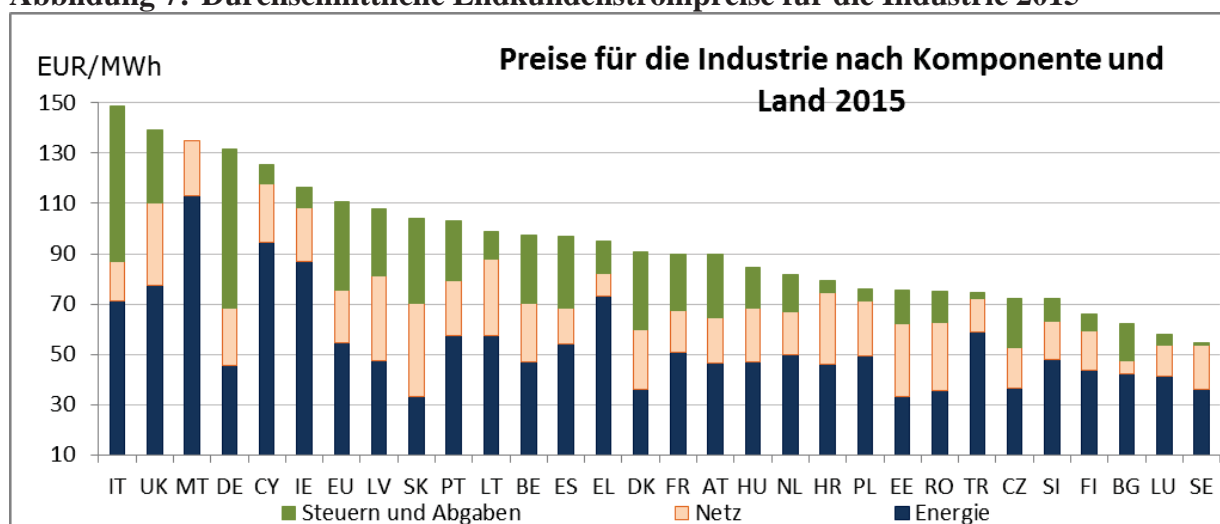
Abbildung 6: Komponenten der durchschnittlichen Endkundenstrompreise für die Industrie in der EU



Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

Wie bei den Strompreisen für Privathaushalte bestehen zwischen den Mitgliedstaaten deutliche Unterschiede, wobei die Preise mit einem Faktor von 2,75 variieren können.

**Abbildung 7: Durchschnittliche Endkundenstrompreise für die Industrie 2015**



Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

Die **Energiekomponente** der durchschnittlichen Strompreise für die Industrie ging von 2008 bis 2015 um jährlich 2,8 % zurück. Auch die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bei dieser Komponente verringerten sich um 12 %. Diese partielle Preiskonvergenz impliziert, dass energiepolitische Maßnahmen der EU, die stärkeren Wettbewerb fördern, der aus Marktkopplung und grenzüberschreitendem Handel resultiert, eine positive Wirkung zeigen. Dennoch wiesen sieben Mitgliedstaaten<sup>12</sup> in diesem Zeitraum sogar eine *steigende* Energiekomponente auf, die in manchen Fällen ein Hinweis auf unangemessenen Preiswettbewerb auf Einzelhandelsebene sein könnten, der es Anbietern ermöglicht, eine Weitergabe von geringeren Großhandelspreisen zu umgehen.

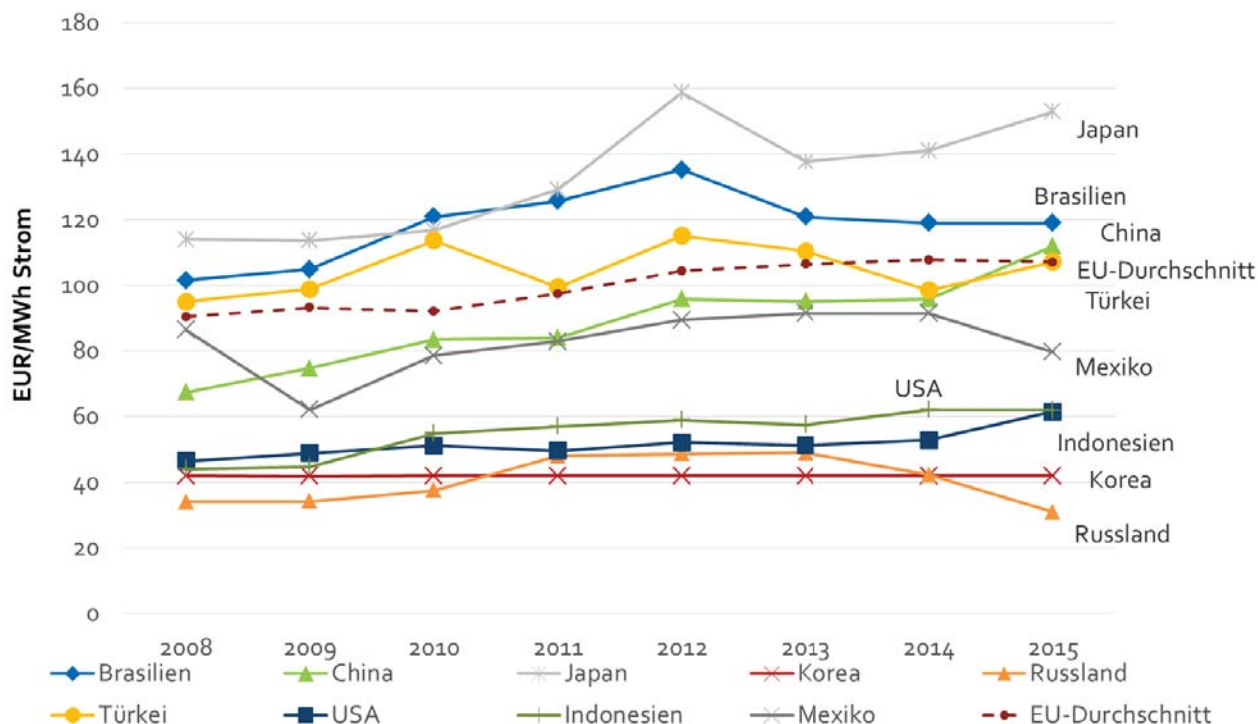
Die **Netzkomponente** des Industriepreises stieg in dem Zeitraum um jährlich 3,2 %, während der Anteil der **Komponente Steuern und Abgaben** deutlich – um 12 % bis 32 % des Preises – zunahm. Im Durchschnitt entfallen fast zwei Drittel der Preiskomponente Netz auf Verteilernetze, aber aufgrund der unterschiedlichen Berechnungsmethoden in den Mitgliedstaaten bleiben die Daten hier wenig aussagekräftig. Wie bei den Preisen für Privathaushalte wurde bei den Industriedaten die Komponente Abgaben und Steuern in Unterkomponenten aufgegliedert.<sup>7</sup> Da manche Unterkomponenten (Mehrwertsteuer u. a.) an die Industrie zurückgezahlt werden, bleibt diese Komponente mit 34 EUR/MWh niedriger als für die Privathaushalte (79 EUR/MWh).

<sup>12</sup> HR, FR, IE, LV, PL, PT und UK.

## Internationale Strompreise

Obwohl klar ist, dass in der EU die Strompreise für die Industrie zwischen Mitgliedstaaten und Sektoren beträchtliche Unterschiede aufweisen, muss man auch die verschiedenen Durchschnittstrends auf der Welt betrachten.

**Abbildung 8: Durchschnittliche Strompreise für die Industrie in der EU und bei wichtigen Handelspartnern**



Quelle: Brasilianisches Ministerium für Bergbau und Energie, Chinesisches Preis-Monitoring-Zentrum, NDRC, Indonesisches staatliches Elektrizitätsunternehmen, Statistikamt der Russischen Föderation, EIA-Daten (Amt für Energiestatistik) für die Türkei, Südkorea, Japan, die USA und Mexiko.

Die Analyse zeigt, dass die durchschnittlichen Strompreise für die Industrie in der EU merklich niedriger sind als in Japan, mehr oder weniger denen in Brasilien, China und der Türkei entsprechen und höher sind als in Korea, den USA, Russland und Indonesien. Zwischen 2008 und 2015 stiegen die Preise in der EU um 17 %, wobei der Anstieg jedoch bedeutend geringer war als in China (66 %), Indonesien (41 %), Japan (34 %) und den USA. Die Analyse umfasst die Auswirkung von Wechselkursen, die in manchen Fällen signifikant ist (so erklärt die Aufwertung des Yuan den Anstieg für China; in der nationalen Währung sind die Preise nur marginal gestiegen). Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Verhältnisse der EU-Preise zu denjenigen ihrer Handelspartner.

**Tabelle 1: Strompreise für die Industrie in der EU im Vergleich zu anderen Ländern**

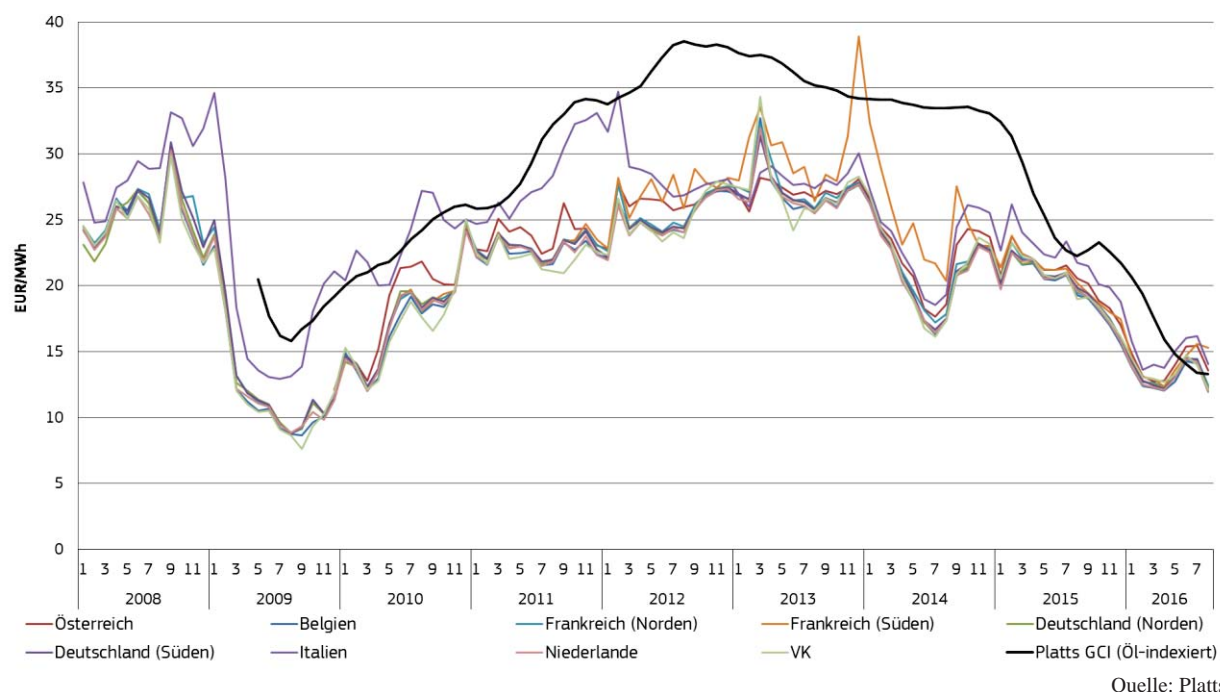
Jahr	USA	Japan	Brasi- lien	China	Türkei	Russ- land
2012	2,2	0,4	0,8	1,1	0,9	2,1
2013	1,9	0,4	0,9	1,1	1,0	2,2
2014	1,3	0,4	0,8	1,1	1,1	2,6
2015	1,7	0,5	k. A.	1,0	1,5	3,5

Quelle: EIA, Platts, Brasilianisches Ministerium für Bergbau und Energie, Chinesisches Preis-Monitoring-Zentrum, Statistikamt der Russischen Föderation.  
Zum Beispiel waren die Preise in der EU 2,2-mal so hoch wie in den USA und sind auf das 1,7-fache gesunken.

## 3. Gaspreise in Europa

Auf Gas entfallen 23 % des Primärenergieverbrauchs in Europa. Gas wird bei der Erzeugung von 15 % unseres Stroms verwendet und deckt fast ein Drittel des Endenergiebedarfs von Haushalten und Industrie. Gleichzeitig muss die EU zunehmend Gas von einer begrenzten Anzahl von Anbietern einführen.<sup>13</sup> Aus diesem Grund sind die Preise noch stärker globalen Trends ausgesetzt, und ordnungsgemäß funktionierende Märkte und Infrastrukturen sind noch wichtiger.

**Abbildung 9: Trends bei den Großhandelsgaspreisen in der EU**



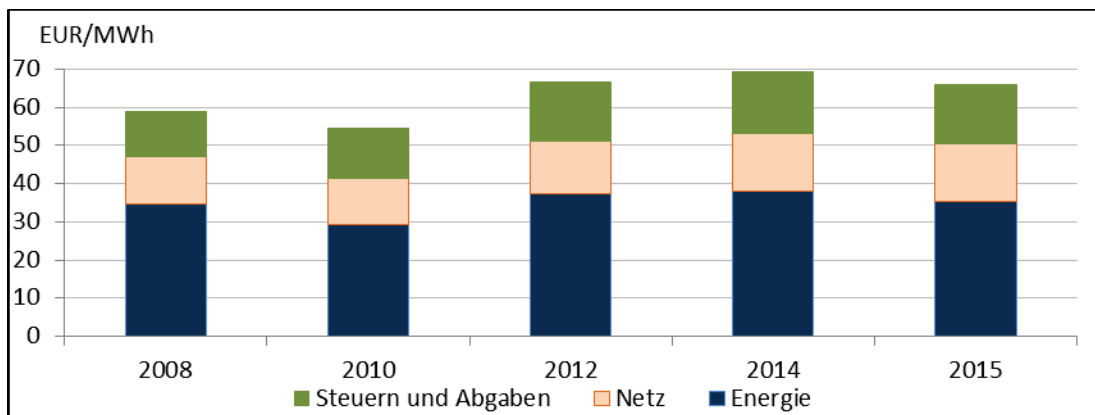
Die Großhandelspreise für Gas in der EU stiegen bis 2013, sind seitdem aber um über 50 % gefallen. Stärker als beim Strom sind die jüngsten Rückgänge der Großhandelspreise für Gas in Europa durch globale Entwicklungen bedingt. Eine schwache globale Nachfrage aufgrund der langsamen wirtschaftlichen Erholung und das Wiederhochfahren bestimmter japanischer Kernkraftwerke, die vertragliche Bindung des Gaspreises an (fallende) Ölpreise und eine beträchtliche Zunahme bei der Lieferung von LNG haben einen Abwärtsdruck erzeugt und zu einer Konvergenz der Großhandelspreise für Gas geführt.

### Endkundenpreise für Gas in Europa

In der EU sind die Gaspreise für Privathaushalte seit 2008 um fast 2 % pro Jahr gestiegen. In diesem Zeitraum haben sich die Preise stark einander angenähert, aber die höchsten Preise (SE) betragen immer noch fast das Vierfache der niedrigsten Preise (RO).

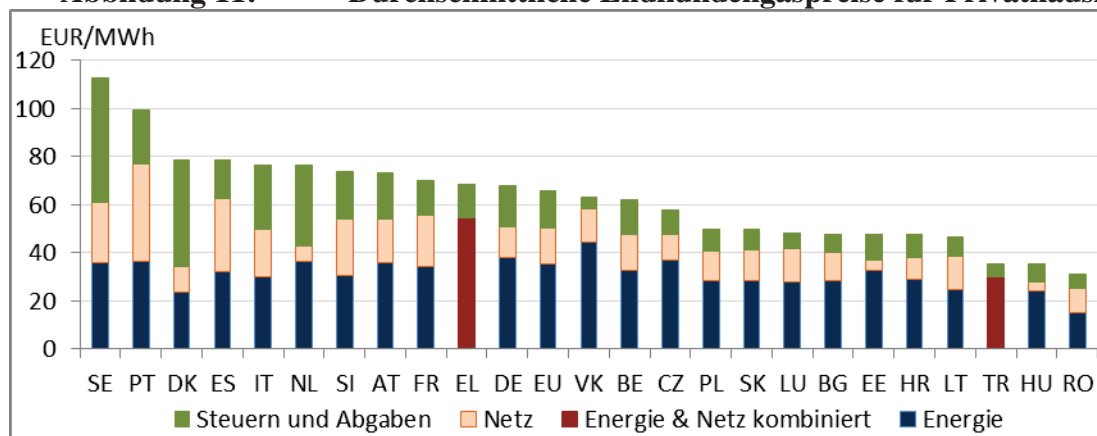
<sup>13</sup> 2015 betrug die Einfuhrabhängigkeit bei Gas 69 %.

**Abbildung 10: Komponenten der durchschnittlichen Endkundengaspreise für Privathaushalte**



Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

**Abbildung 11: Durchschnittliche Endkundengaspreise für Privathaushalte 2015**

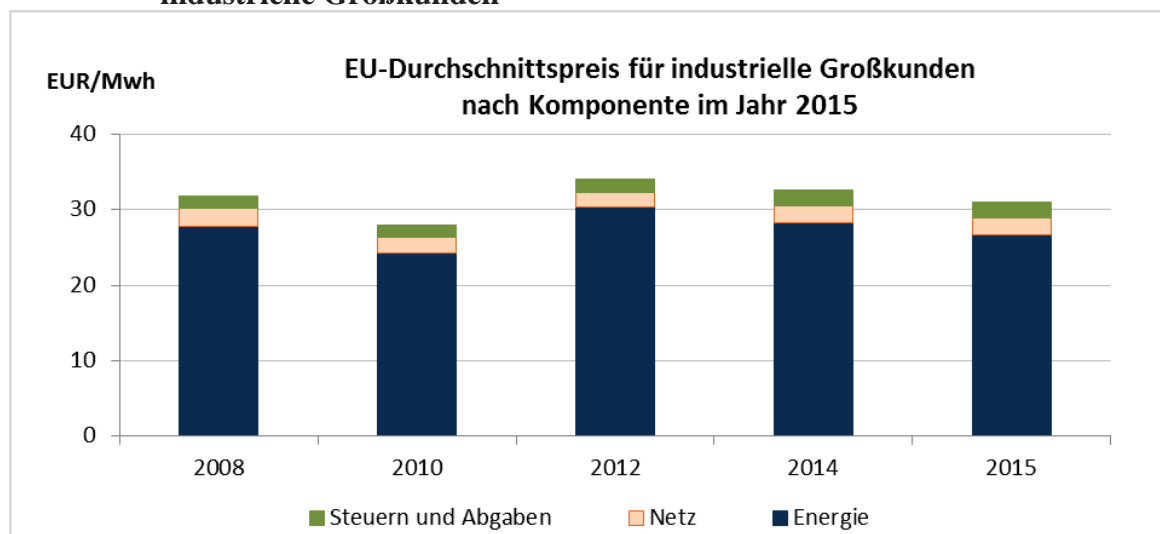


Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

Die **Energiekomponente** stieg zwischen 2008 und 2015 in diesem Zeitraum um jährlich 0,3 %, unterlag jedoch Schwankungen. Die **Netzkomponente** nahm jährlich um 2,5 % zu und trug so beträchtlich zur allgemeinen Preiserhöhung für Haushalte bei. Die **Komponente Steuern und Abgaben** verzeichnete einen Anstieg von 4,2 % pro Jahr auf 15,6 EUR/MWh. Der Anstieg dieser letzten Komponente ist vorwiegend durch allgemeine Steuern bedingt. (Unterkomponenten sind nicht signifikant und werden im Arbeitsdokument der Dienststellen erörtert.)

Die Gaspreise für große *industrielle* Verbraucher lagen 2015 *unter* dem Stand von 2008.<sup>14</sup> Die Energiekomponente blieb bei weitem die größte Komponente und somit der wichtigste Preistreiber. Die Auswirkung von Steuern und Abgaben ist gering, sie machen nur 8 % des Preises aus. Die Gaspreise für die Industrie werden eher durch internationale Rohstoffpreise als durch stark divergierende nationale Steuern und Abgaben bestimmt, und so weisen die Preise für Großkunden aus der Industrie in Europa relativ kleine Unterschiede auf. Die Zusammensetzung der Preise für industrielle Großkunden blieb im Zeitverlauf beachtlich stabil. Der Gaspreis für die Industrie zeigt die größte Weitergabe vom Großhandels- an den Endkundenpreis und hat sich auf den nationalen Märkten seit 2008 um 58 % angeglichen, was darauf hinweist, dass die Gasmärkte in der EU integrierter und stärker von Wettbewerb geprägt sind als in der Vergangenheit.

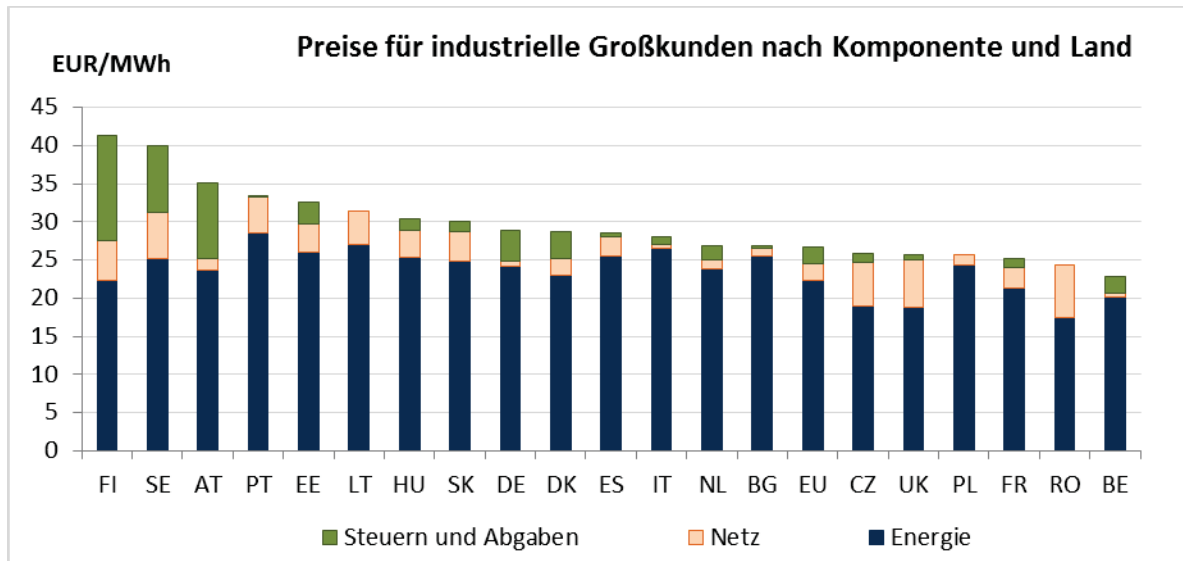
**Abbildung 12: Durchschnittskomponenten der EU der Endkundengaspreise für industrielle Großkunden**



Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

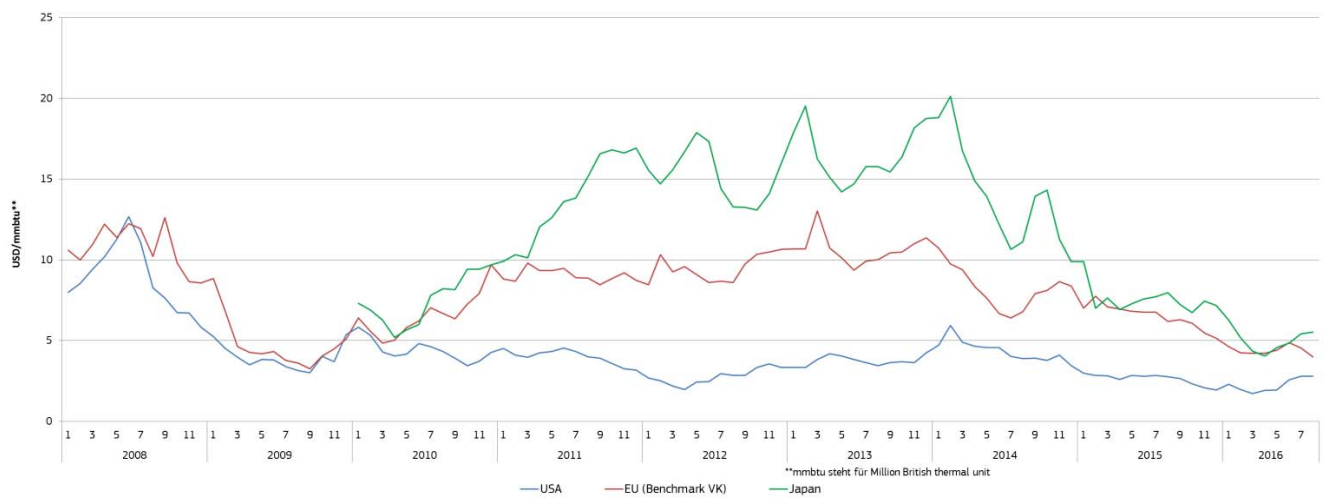
<sup>14</sup> d. h. für Industriekunden mit einem Jahresverbrauch von 1 bis 4 GJ (Gruppe I5).

**Abbildung 13: Durchschnittliche Endkundengaspreise für industrielle Großkunden 2015**



Quelle: Mitgliedstaat, Datenerhebung der Kommission

**Abbildung 14: Internationale Gaspreise**



\*Der Preis am VK-Gashub (NBP) ist ein gebräuchlicher Indikator für den Großhandelsgasmarkt in Europa

Quelle: Platts, ThomsonReuters

Die *internationalen Gaspreise* zeigten 2014 und Anfang 2015 eine deutliche Annäherung. Das Verhältnis der Gaspreise in der EU zu den Gaspreisen in den USA hat sich über die beiden letzten Jahre hinweg positiv entwickelt. Die Gaspreise in der EU betragen 2015 in der Regel das 2,5-fache der Gaspreise in den USA, während dieses Verhältnis 2012 zwischen 3 und 5 lag. Bedingt wurde dies durch Faktoren wie zunehmende globale Gaslieferungen und den Zugang Europas zu LNG, eine schwächere Nachfrage in Europa und in Asien und Öl-indexierte Gaspreise. Die LNG-Preise in Asien gingen 2014 beträchtlich zurück und konvergierten Anfang 2015 mit den europäischen Preisen.

**Tabelle 2: Gaspreise für die Industrie in der EU im Vergleich zu anderen Ländern**

<b>Jahr</b>	<b>USA</b>	<b>Japan</b>	<b>Russ- land</b>	<b>China</b>	<b>Brasi- lien</b>	<b>Türkei</b>
<b>2012</b>	3,3	0,6	4,0	1,0	1,0	1,2
<b>2013</b>	2,7	0,6	4,1	1,0	0,8	1,2
<b>2014</b>	1,9	0,6	4,3	0,9	0,9	1,3
<b>2015</b>	2,5	0,9	5,1	0,7	k. A.	1,2

*Quelle:* EIA, Platts, Brasilianisches Ministerium für Bergbau und Energie, Chinesisches Preis-Monitoring-Zentrum, Statistikamt der Russischen Föderation Für die USA und Japan werden die Daten zu den LNG-Einfuhrpreisen mit den westeuropäischen LNG-Einfuhrpreisen verglichen.

Z. B. waren die Preise in der EU 3,3-mal so hoch wie in den USA und sind auf das 2,5-fache derjenigen in den USA gesunken.



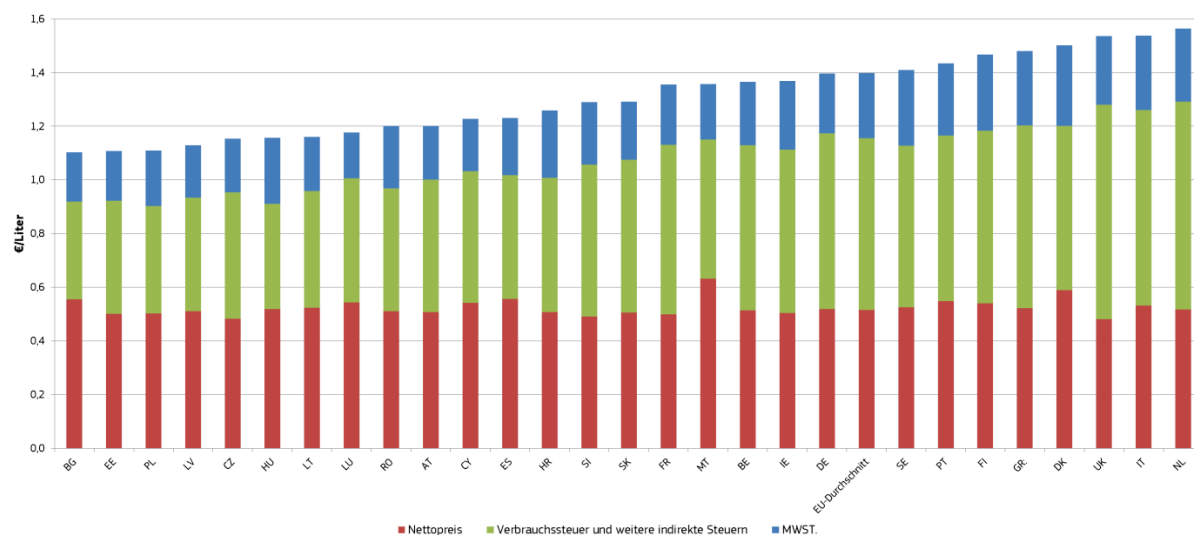
## 4. Erdölproduktpreise in Europa

Aufgrund einer schwachen Nachfrage und eines stark zunehmenden Angebots sind die Rohölpreise seit Mitte des Jahres 2014 gesunken. Von einem Spitzenwert von 115 USD/bbl im Juni 2014 fiel der Preis für die Ölsorte Brent am 20. Januar 2016 auf 26 USD/bbl und erreichte damit seinen niedrigsten Stand seit 2003. Der Preis ist somit in 19 Monaten um 77 % gefallen. Im Juni 2016 hatten sich die Preise auf 50 USD/bbl erholt und liegen seitdem zwischen 40 USD/bbl und 50 USD/bbl.

Dieser drastische Fall der Ölpreise wurde an die Endkundenmärkte weitergegeben, aber seine Auswirkungen werden durch die Abwertung des Euro und die Verbrauchssteuern auf Erdölprodukte, die einen großen Anteil des Verbraucherpreises ausmachen, abgeschwächt. Dennoch sanken die Verbraucherpreise (einschließlich Steuern und Abgaben) für Benzin und Diesel zwischen Ende Juni 2014 und Mitte Februar 2016 um 24 % bzw. 28 %, als die Endkundenpreise die Talsohle und die durchschnittlichen Verbraucherpreise in Europa für Kraftstoffe einen Tiefststand seit 2009 erreichten.

Steuern und Abgaben für Benzin und Diesel sind hoch, haben sich aber im Laufe der Zeit wenig verändert. Die Energiesteuerrichtlinie<sup>15</sup> der EU setzt Mindestverbrauchssteuersätze fest, aber fast alle Mitgliedstaaten entschieden sich für höhere Sätze. Die Verbrauchssteuern auf Benzin reichen von 0,36 EUR/Liter in Bulgarien (Minimum) bis zu 0,77 EUR/Liter in den Niederlanden. Aufgrund einer Kombination aus umweltpolitischen, wirtschaftlichen und steuerlichen Gründen sind Benzin und Diesel für die Mitgliedstaaten eine wichtige Steuergrundlage. 2015 machten die Steuern 63 % des durchschnittlichen Endkundenpreises bei Benzin und 57 % bei Diesel aus.

Abbildung 15: Aufschlüsselung der Benzinpreise nach Mitgliedstaat (2015)



Quelle: Europäische Kommission

## 5. Energiekosten in Europa

Aus der obigen Erörterung wird klar, dass die Großhandelspreise für Strom, Gas und Erdöl aufgrund einer Reihe von Faktoren (z. B. wachsendes Angebot und rückläufige Nachfrage) gesunken sind. Dies hat zu fallenden Endkundenpreisen für Erdölprodukte geführt. Doch bei Strom und Gas sind die Endkundenpreise konstant geblieben oder leicht angestiegen, da

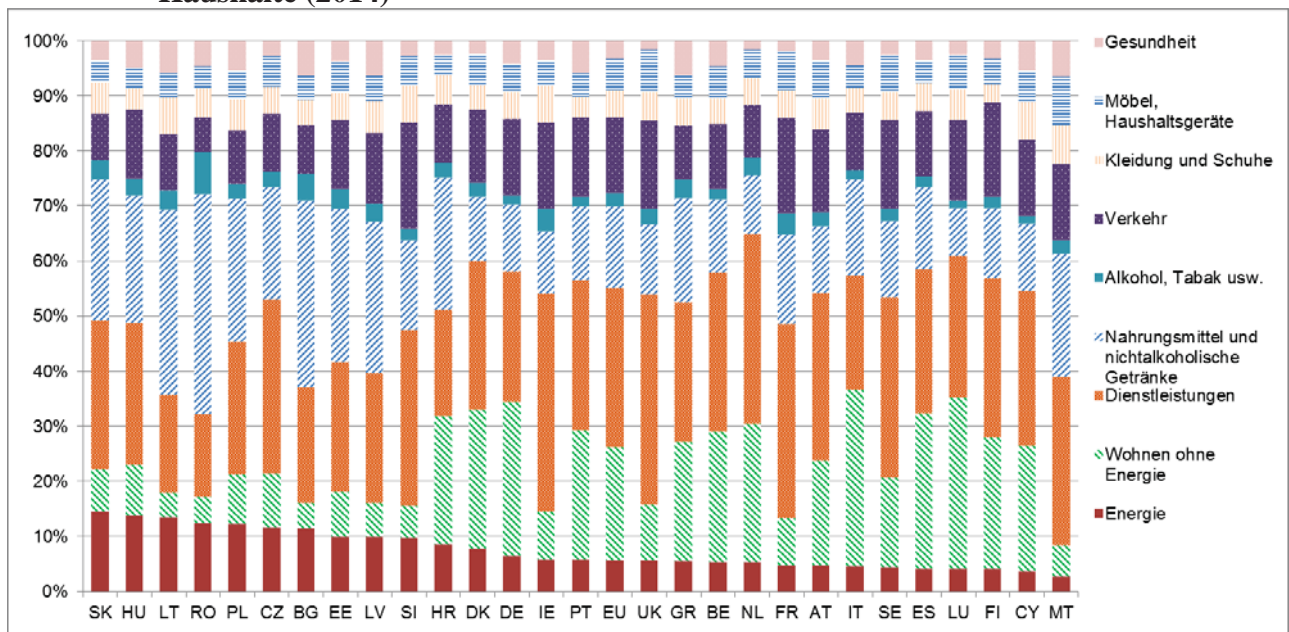
<sup>15</sup> Richtlinie 2003/96/EU des Rates vom 27. Oktober 2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 51).

steigende Netzkosten, Steuern und Abgaben diese Rückgänge bei den Großhandelspreisen absorbiert haben. Solche Preistrends sind in Verbindung mit unserem *Verbrauch* an Energie wichtig, um die Auswirkung auf Energiekosten für Privathaushalte und Industrie zu beurteilen.

## 5.1 Ausgaben der Haushalte für Energie

Für die Haushalte ist der Endenergieverbrauch bei Strom, Gas und Heizöl seit 2008 nur leicht gestiegen oder gesunken. Doch der Anstieg bei den Endkundenpreisen für Strom und Gas hat dazu geführt, dass die Energieausgaben der Haushalte (ohne **Verkehr** (Benzin), der separat behandelt wird) in der EU von 5,3 % der Haushaltsausgaben im Jahr 2008 auf 5,8 % im Jahr 2015 gestiegen sind. Gleichzeitig hat der Rückgang der Endkundenpreise für Erdölprodukte zu sinkenden Ausgaben für Kraftstoff beigetragen; hier gingen die Haushaltsausgaben von 4,3 % auf 3,9 % zurück.

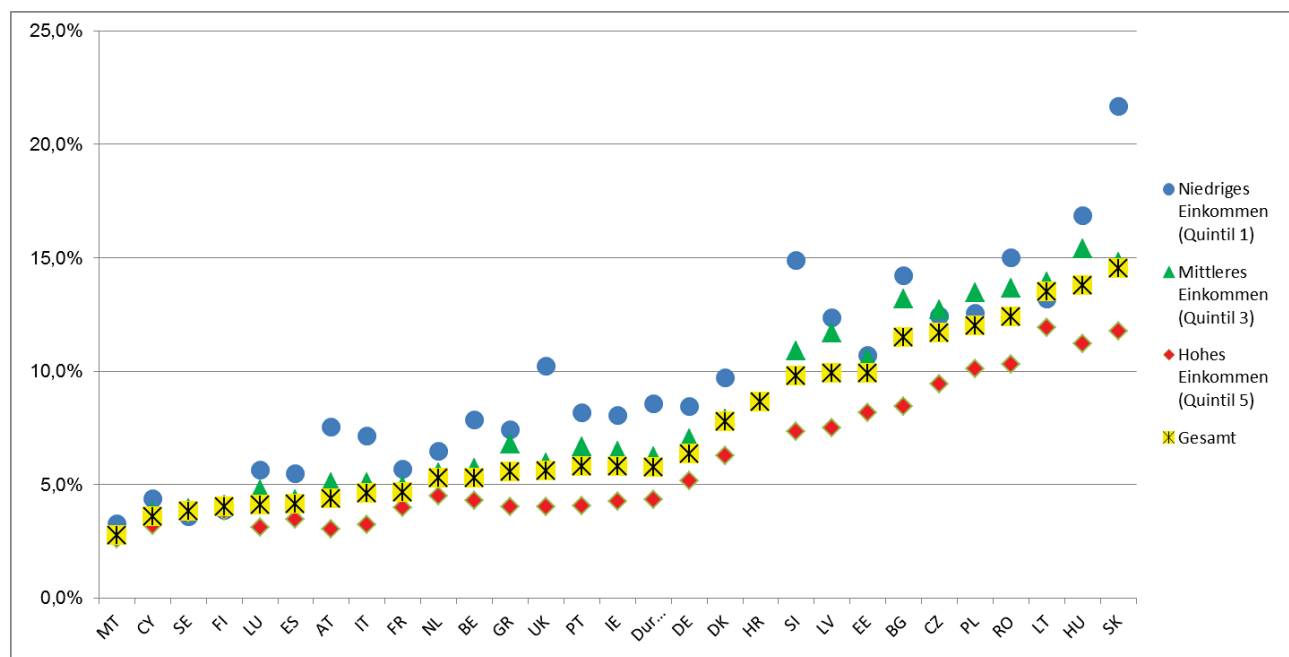
**Abbildung 16: Verschiedene Verbrauchsgüter in den Verbrauchsausgaben der Haushalte (2014)**



Quelle: Europäische Kommission, nationale Statistikinstitute und eigene Berechnung.

Hinter dem durchschnittlichen Wert der Haushaltsausgaben für Energie (ohne **Verkehr**) verbergen sich große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten (wohlhabender und weniger wohlhabend, wärmeres und kälteres Klima) sowie zwischen Einkommensgruppen in den Mitgliedstaaten. Der Anteil reicht von 3 % in Malta bis hin zu 14,5 % in der Slowakei. Die Analyse der verschiedenen Haushaltstypen zeigt, dass ärmere Haushalte einen größeren Teil ihres Einkommens für Energie ausgeben als wohlhabendere Haushalte.

**Abbildung 17: Anteil der Energieausgaben der Haushalte nach Einkommensgruppe (2014)**

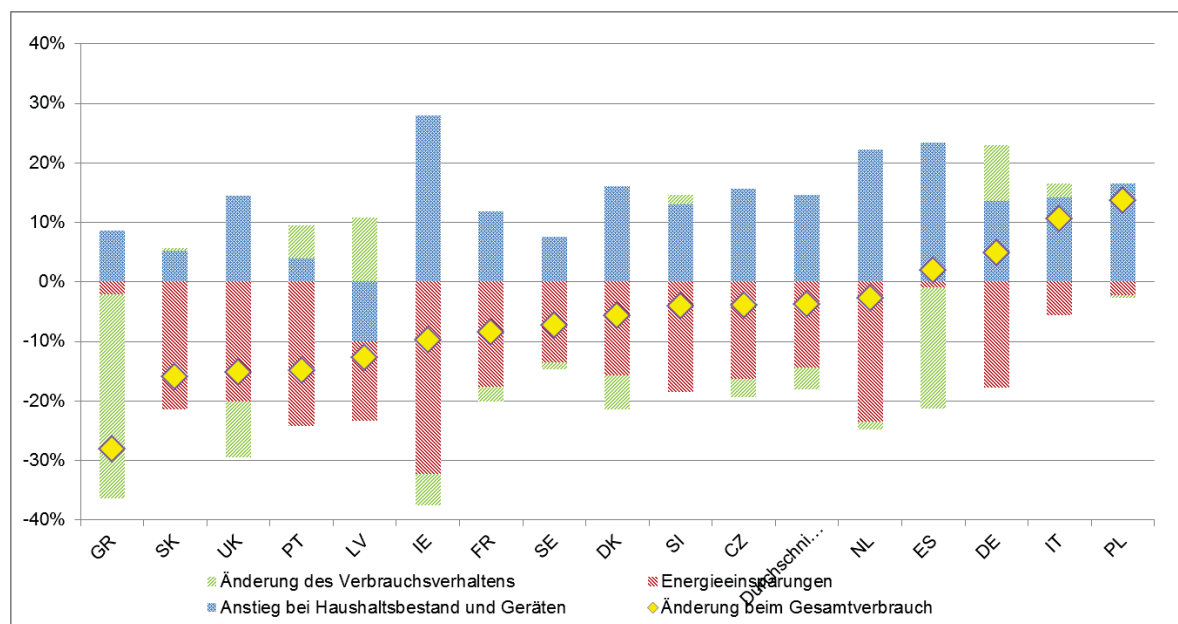


Quelle: Europäische Kommission, nationale Statistikinstitute und eigene Berechnung.

Im Durchschnitt liegt der Anteil der Haushaltsausgaben für Energie in den ärmsten Haushalten bei 8,6 % (gegenüber 5,7 % im Jahr 2004), 6,2 % bei den Haushalten mit mittlerem und 4,3 % bei den Haushalten mit hohem Einkommen. Dies zeigt, dass wirtschaftlich schwächere Verbraucher vor allem in Zeiten geringen wirtschaftlichen Wachstums relativ stärker von Preiserhöhungen betroffen sind als der Durchschnittshaushalt, und unterstreicht, dass soziale Maßnahmen für diese Verbraucher erforderlich sind, um Energiearmut entgegenzuwirken.

Die Analyse zeigt außerdem, dass Haushalte in einigen Mitgliedstaaten auf die steigenden Energiepreise und –kosten mit einer Drosselung ihres Energieverbrauchs reagiert haben (siehe Abbildung 18). Der Energieverbrauch in den EU-Haushalten (ausgenommen Verkehr) ist in dem betrachteten Zeitraum trotz einer Zunahme bei Anzahl und Größe der Haushalte um etwa 4 % zurückgegangen, was weitgehend durch Energieeinsparungen bedingt war. In vielen Fällen war es das Ergebnis einer besseren Energieeffizienz in den Privathaushalten, aber in manchen Ländern haben eventuell auch Kaufkräftaspekte den drastischen Verbrauchsrückgang bestimmt.

**Abbildung 18: Änderungen beim Energieverbrauch in einigen Mitgliedstaaten (2004-2013)**



Quelle: Datenbank ODYSSEE

## 5.2 Energiekosten für die Industrie

Die Entwicklungen der Energiepreise in den letzten Jahren haben in europäischen Unternehmen nicht den Anteil der Energiekosten an den Produktionskosten erhöht, der bei unter 2 % liegt. Doch um die Energiekosten für die Industrie zu senken, bieten die meisten Mitgliedstaaten Subventionen durch Befreiungen oder Senkungen bei Verbrauchssteuern und Abgaben (z. B. Abgaben für erneuerbare Energie oder Energieeffizienz, Netztarife) an. Je nach Art eines Unternehmens und je nach Mitgliedstaat, in dem es ansässig ist, kann es von Energiepreisen profitieren, die um 50 % niedriger sind als für ein anderes Unternehmen in der gleichen Branche.

Daher ist es für einige Industriezweige, in denen die Energiekosten bedeutender sind und der internationale Wettbewerb intensiver ist, notwendig, die Energiekosten genauer zu betrachten. Dabei handelt es sich um energieintensive Industrien mit einer gewissen Bedeutung für Wirtschaft und Handel (in denen die Energiekosten mindestens 3 % der gesamten Produktionskosten bis hin zu durchschnittlich 40 % oder in einigen Fällen mehr ausmachen). Die für die Kommission vorgenommene Analyse zeigt, dass der Anteil der Energiekosten und die absoluten Energiekosten in den 14 ausgewählten Sektoren in den meisten Fällen zwischen 2008 und 2013 zurückgegangen sind. Die Ursachen hierfür waren der Rückgang der Energiepreise, Steuerbefreiungen und -senkungen, ein geringerer Energieverbrauch aufgrund eines geringeren Produktionsumfangs, eine Verlagerung der Produktion hin zu weniger energieintensiven Produkten, die Umsetzung von Maßnahmen zu Energieeffizienz und langsamere Senkungen bei anderen Faktoren der Produktionskosten.

### Ein internationaler Vergleich der Energiekosten

Die europäische Wirtschaft ist insgesamt keine sehr energieintensive Wirtschaft. Jahrzehntlang hat die EU ihre Wirtschaft angesichts der sich verändernden heimischen und globalen Märkte und der Nachfrage nach neuen Gütern und – zunehmend – Dienstleistungen umstrukturiert. Umstrukturierung ist auch das Ergebnis einer sich wandelnden Ressourcenverfügbarkeit sowie von Preissignalen und technologischen Entwicklungen. Doch wie oben erwähnt, stehen bestimmte energieintensive Industriezweige im internationalen Wettbewerb. Aus diesem Grund ist es wichtig zu prüfen, wie Energiepreise und Kostenentwicklungen in der EU im Vergleich zu internationalen Entwicklungen aussehen.

Wie bereits erwähnt, sind die Durchschnittspreise in der EU für Strom und Gas im Zeitraum 2008 bis 2015 relativ moderat gestiegen, während diejenigen in asiatischen Ländern (China, Südkorea und Japan insbesondere) beträchtlich schneller zugenommen haben.

Die (begrenzt) verfügbaren Daten für einen Vergleich der Energiekosten und der Energieintensität der Industrie<sup>16</sup> auf der Welt lassen vermuten, dass die chinesischen energieintensiven Industrien viel energieintensiver sind als die Industrien in den USA und in der EU.<sup>17</sup> Einige Industriesektoren in der EU wiederum scheinen energieintensiver als ihre Pendants in den USA. Dennoch scheint in den energieintensiven Industrien in der EU auf die Energie in den meisten Fällen ein geringerer Anteil der Produktionskosten zu entfallen als in den USA, und ein höherer Anteil als in Japan. Doch seit 2008 sind die Energiekostenanteile in den USA schneller als in der EU zurückgegangen, was neben den geringeren Energiepreisen in den USA signalisiert, dass die US-amerikanische energieintensive Industrie „gleichziehen“ könnte. Ab 2008 zeigen Hinweise auf Verbesserungen der Energieeffizienz<sup>18</sup> in manchen europäischen energieintensiven Industrien, dass sich diese anscheinend verlangsamt haben oder sogar zum Stillstand gekommen sind. Dies ließe sich durch Faktoren wie möglicherweise begrenzten Spielraum für technische Verbesserung, geringere Kapazitätsauslastung oder auch unzureichende Verfügbarkeit von Kapital für Investitionen erklären.

## 6. Energiesubventionen und Staatseinnahmen

Von einem wettbewerbsfähigen und ordnungsgemäß funktionierenden Energiemarkt wird erwartet, dass er die von Haushalten und Industrie benötigte Energie in der kosteneffizientesten Weise liefert. Je klarer die Preissignale und je enger die Abstimmung zwischen Preisen und Produktionskosten, desto effizienter sind Energieerzeugung und Verbrauch. Doch in vielerlei Hinsicht funktioniert der Energiemarkt nicht ordnungsgemäß. Fälle von Marktversagen und ordnungspolitischen Versäumnissen haben Regierungen veranlasst, im Laufe der Jahre auf verschiedene Art und Weise zu intervenieren, um die Entwicklung des Energiesektors zu lenken. Es wurden die Energieerzeuger oder Verbraucher betreffende ordnungspolitische oder finanzielle Maßnahmen eingeführt, um politische Ziele wie die Verringerung der Umweltverschmutzung und der Treibhausgasemissionen, die Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung und die Energiekostenentlastung für arme Haushalte und benachteiligte Unternehmen zu erreichen. Derartige Maßnahmen subventionieren häufig Energieerzeugung und -verbrauch und können Preissignale korrigieren, um Marktversagen widerzuspiegeln. Sie umfassen direkte Maßnahmen, die sich in Preisen niederschlagen, wie sich dies in den oben erörterten Unterkomponenten Energiesteuern und -abgaben zeigt. Doch einige (z. B. Maßnahmen zur Energienachfrage und nicht kostendeckend regulierte Preise) können Preissignale auch dämpfen, die ansonsten Energieverbrauch und -erzeugung, Energieeffizienz und Investitionen steuern würden. Subventionen für fossile Brennstoffe sind besonders problematisch, da sie die saubere Energie benachteiligen und den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft behindern.

2014 legte die Kommission eine umfassende Studie zur Art der Energiekosten und -subventionen in Europa vor.<sup>19</sup> Diese kam zu dem Ergebnis, dass eine breite Palette von Regierungsinterventionen beträchtliche Subventionen für den Energiesektor (ausgenommen Verkehr) darstellten, die sich 2012 auf 113 Mrd. EUR beliefen, von denen etwa 17,2 Mrd. EUR auf *direkte* Subventionen für fossile Brennstoffe für Strom und Heizung

---

<sup>16</sup> Energieintensität wird definiert als die verbrauchte Energie pro Bruttowertschöpfung. Die Energieintensität lässt sich als Indikator für technische Energieeffizienz einsetzen, aber sie wird durch die wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst, die sich auf die Entwicklung der Bruttowertschöpfung auswirken.

<sup>17</sup> Das verfügbare Datenmaterial ist für Grundchemikalien, Stahl oder Aluminium nicht repräsentativ.

<sup>18</sup> Pro physischer Produktionseinheit eingesetzte Energie.

<sup>19</sup> [http://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/ECOFYS%202014%20Subsidies%20and%20costs%20of%20EU%20energy\\_11\\_Nov.pdf](http://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/ECOFYS%202014%20Subsidies%20and%20costs%20of%20EU%20energy_11_Nov.pdf)

entfielen<sup>20</sup>; Subventionen für fossile Brennstoffe für **Verkehr** wurden separat auf 24,7 Mrd. EUR geschätzt. Bei der Anwendung breiter gefasster internationaler (IWF) Definitionen steigen die Subventionen für fossile Brennstoffe einschließlich externer Kosten auf 300 Mrd. EUR<sup>21</sup> in der EU und in Russland, 250 Mrd. EUR in Indien, auf über 2 050 Mrd. EUR in China und auf 630 Mrd. EUR in den USA. Die EU ist entschlossen, Subventionen für fossile Brennstoffe und umweltschädliche Subventionen abzuschaffen, damit der Energiemarkt wettbewerbsfähiger wird und sich die Preissignale verbessern, um zur Steuerung einer effizienteren Zuweisung von Ressourcen in Übereinstimmung mit den Zusagen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels beizutragen. Der jüngste relative Rückgang der Energiepreise sollte es den Regierungen einfacher machen, Steuerbefreiungen und andere Subventionen für Preise und Energienachfrage abzuschaffen. Dies würde auch zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Eine weitere übliche Form der Intervention auf Energiemärkten ist die Energiebesteuerung. Wie oben angedeutet, kann diese zur Korrektur von Marktversagen eingesetzt werden, aber Regierungen suchen auch häufig breite, stabile Steuergrundlagen, um stabile öffentliche Einnahmen zur Finanzierung von Staatsausgaben bereitzustellen. Der Energieverbrauch hat lange Zeit eine solche Grundlage geliefert. 2014 betragen die von den EU-Mitgliedstaaten eingenommenen Energiesteuern<sup>22</sup> insgesamt 263 Mrd. EUR, das entspricht 1,88 % des BIP der EU. Verbrauchssteuern machen den größten Teil von Energiesteuern aus. 2015 beliefen sich allein die Verbrauchssteuererträge auf 227 Mrd. EUR. Ein reduzierter Verbrauch von Energieprodukten hätte zu einem Rückgang der Verbrauchssteuererträge geführt, aber die Mitgliedstaaten haben häufig den Satz der Verbrauchssteuer erhöht. So bleibt der Energieverbrauch eine wichtige Steuergrundlage für öffentliche Einnahmen und hilft den Mitgliedstaaten bei der Konsolidierung schwieriger Haushaltslagen. Allgemein sind die Auswirkungen der Energiebesteuerung auf das Wachstum im Vergleich zu Steuern auf Arbeit und Investitionen als eher positiv anzusehen.

Energiepreise haben durch die Inflation eine weitere Auswirkung auf breiter gefasste makroökonomische Aspekte der EU-Wirtschaft. Energie spielt eine deutliche Rolle bei den Haushaltsausgaben und den Kosten für die Industrie und ist durch die Rohölpreise auch im Verkehrssektor von Bedeutung. Somit sind die Energiepreise ein wichtiger Faktor, der sich auf die Inflation auswirkt. Höchstwerte bei den Energiepreisen im Jahr 2008 und sogar 2011 trugen damals 1 % zur Inflation in der EU bei, genau wie sich niedrigere Preise jetzt deflationär auf die EU-Wirtschaft auswirken.

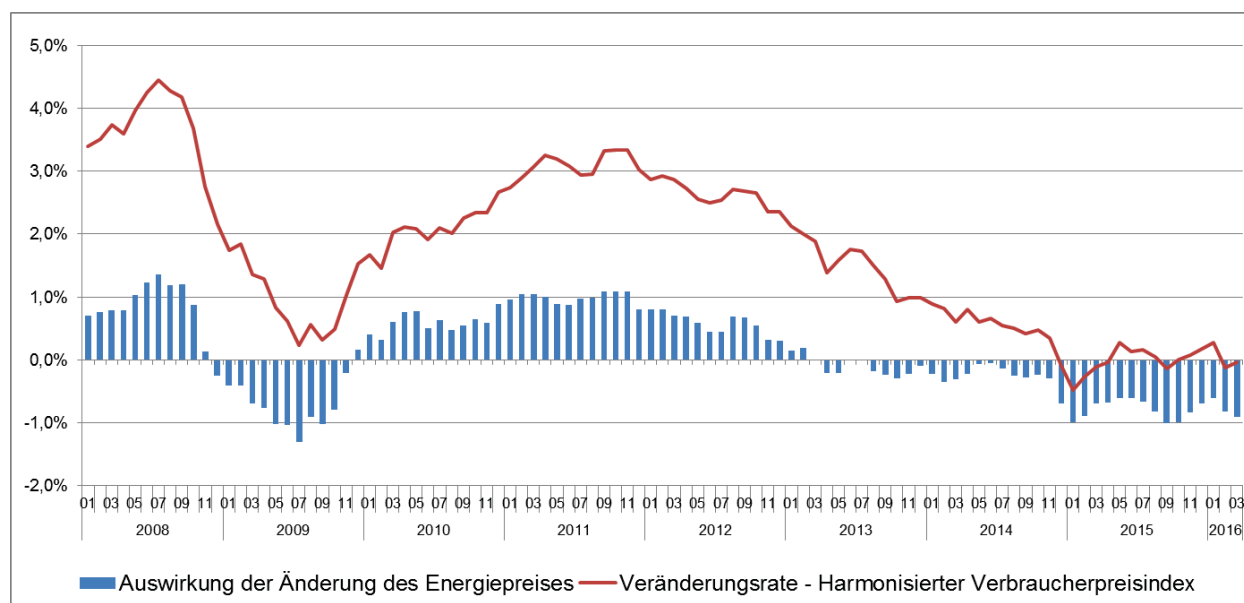
---

<sup>20</sup> Dies umfasst Subventionen für Kohle von 9,7 Mrd. EUR und Gas von 6,6 Mrd. EUR; die Subventionen stammten aus dem Nachlass historischer Investitionssubventionen, Investitionszuschüssen für fossile Brennstoffe, Einspeisetarifen, Steuerbefreiungen für Kraftstoffe, Stromerzeugung sowie Stilllegungen und Abfallentsorgung. (Quelle: Studie aus dem Jahr 2014 zu Energiekosten und -subventionen für **Verkehr** (Subventionen für Erdöl), zitiert OECD-Bestand 2013. [https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/ECOFYS%202014%20Subsidies%20and%20costs%20of%20EU%20energy\\_11\\_Nov.pdf](https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/ECOFYS%202014%20Subsidies%20and%20costs%20of%20EU%20energy_11_Nov.pdf)).

<sup>21</sup> Schätzungen aus dem Jahr 2015 (<https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15105.pdf>).

<sup>22</sup> Energiebezogene Umweltsteuern wie von der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen; diese umfassen keine Mehrwertsteuer auf Energieerzeugnisse.

**Abbildung 19: Auswirkung der Energiepreise auf die Inflation in der EU**



Quelle: Eurostat

## Fazit

Der rasche Rückgang der Preise für Energieprodukte in den letzten Jahren, vor allem bei Öl, aber auch bei Gas, ist durch den technologischen Wandel, Marktentwicklungen und geopolitische Veränderungen bedingt. Er hat die Energielandschaft drastisch verändert. In Europa, einem großen Energieimporteure, hat er in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine willkommene vorübergehende Entlastung für Haushalte und Unternehmen gebracht und der Wirtschaft eine „einmalige“ Ankurbelung beschert. Er zeigt, wie wichtig die Entwicklung globaler Märkte für Energie ist, vor allem für Energieimporteure wie die EU, und er verringert Preisunterschiede gegenüber anderen Regionen. Dies ist besonders für Gas relevant, wo die globale Entwicklung der LNG-Märkte und neue Lieferquellen Chancen für Europa eröffnen: Es kann helfen, den Gaspreisunterschied im Vergleich zu anderen Teilen der Welt wie den USA zu verringern und verbessert – mit Blick auf die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – die Wettbewerbssituation von Gas gegenüber der Kohle.

Doch niedrigere Preise können die Aufmerksamkeit von den Energieherausforderungen ablenken, denen wir in punkto Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimawandel gegenüberstehen. Diese bleiben bestehen. Die Daten und Analysen in diesem Bericht zeigen nämlich ein viel nuancierteres Bild und können uns helfen, beim Aufbau der Energieunion in dieser sich verändernden Energielandschaft die richtigen Ansätze und politischen Maßnahmen zu ermitteln. Niedrige Preise sollten nicht als selbstverständlich angesehen werden. Die Daten in diesem Bericht zeigen, wie sich Angebot und Nachfrage plötzlich ändern können. Dies trifft umso mehr zu, als neue Ressourcen wie Schiefergas- und -ölquellen rasch erschöpft sind und für die Beibehaltung der Produktion konstante Ersatzinvestitionen erforderlich sind.

Während die meisten Geschäftstätigkeiten die Energiekosten als einen kleinen Teil der Gesamtproduktionskosten beinhalten, reagieren die energieintensiven Industrien Europas weiterhin empfindlich auf Preiserhöhungen. Wie anhand der Energieintensität gemessen, lassen verfügbare Nachweise vermuten, dass die energieintensive Industrie der USA in punkto Energieeffizienz in manchen Sektoren zur EU aufschließen könnte. Mehr Investitionen in Energieeffizienz könnten zusammen mit einer Verlagerung hin zu innovativen Produkten mit höherem Mehrwert dazu beitragen, hier Abhilfe zu schaffen. Bestimmten energieintensiven Industrien stehen beträchtliche Steuervergünstigungen und -befreiungen zur Verfügung, wobei es große Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten gibt. Solche Subventionen sollten nur gewährt werden, wenn sie notwendig sind, um die europäische Industrie im Fall eines ungleichen internationalen Wettbewerbs zu unterstützen und Preisverzerrungen so gering wie möglich zu

halten. Generell sollten die Mitgliedstaaten die derzeitigen niedrigeren Energiepreise nutzen, um unangemessene Subventionen und Steuerbefreiungen abzuschaffen, die die Preissignale verzerren und den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft verzögern.

Energiepreise und -kostentrends werden in Europa von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt. Ein klares Ergebnis aus diesem Bericht ist die unterschiedliche Entwicklung bei den Großhandels- und Endkundenpreisen für Strom. Während die Großhandelspreise 2016 ihren niedrigsten Stand seit 12 Jahren erreicht haben, sind die Preise für die Haushalte durchschnittlich um 2-3 % pro Jahr gestiegen.<sup>23</sup> Dies resultiert aus einem besseren funktionierenden Markt, aber auch aus Marktversagen sowie gestiegenen Steuern und Abgaben.

Der Rückgang bei den Großhandelspreisen ist mit den Preisen für Energieprodukte, geringerer Nachfrage und besserem Funktionieren des Marktes durch Marktkopplung verknüpft. Je nach regionalem Markt besteht auch eine Überkapazität bei der Stromerzeugung, und neue Kapazität ist erst garantiert, wenn sich ältere Kapazität aus dem Markt zurückzieht. Nationale Maßnahmen wie Kapazitätsmechanismen und die Unterstützung erneuerbarer Energie drücken ebenfalls die Großhandelspreise, verringern Erträge weiter und wirken den inhärenten ausgleichenden Preissignalen des Marktes entgegen. Angesichts der bedeutenden Investitionen in Erzeugungskapazität, die auf lange Sicht für das Erreichen ihrer Versorgungssicherheit, ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihrer Dekarbonisierungsziele notwendig ist, braucht die EU einen Rahmen für Marktkonzeption und Energiepolitik, der sich auf Marktmechanismen stützt, die Investitionen in kohlenstoffarme und flexible Erzeugung mit nachfrageseitigem Management, Speicherung und grenzüberschreitende Vernetzung ermöglichen.

Fallende Großhandelspreise scheinen nur langsam und teilweise zu Endkunden durchzudringen, schneller hingegen zu Industriekunden. Dies lässt vermuten, dass der Wettbewerb auf den Endkundenmärkten noch verbesserungsfähig ist. Darüber hinaus haben Erhöhungen bei Netztarifen, Steuern und Abgaben den Rückgang bei den Großhandelspreisen größtenteils ausgeglichen. Solche Erhöhungen können das Ergebnis dringend benötigter Investitionen in grenzüberschreitende Verbindungen und intelligente Netze sein, die Vorteile in punkto Effizienz, Binnenmarkt und Energieversorgungssicherheit bringen. Steuer- und Abgabenerhöhungen können mit dem Ziel verbunden sein, Marktversagen zu korrigieren, sie können haushaltspolitische Gründe haben, oder sie sind direkt für Investitionen in Energieerzeugung bestimmt. (Es ist wesentlich, dass die Kosten des Energiesystems innerhalb des Sektors voll und ganz durch die Verbraucher gedeckt werden und dass sich keine Tarifdefizite ansammeln können.) Doch sollten sie den Investitionsanreiz für Erzeuger nicht dämpfen. Die langsame Weitergabe von Großhandels- an Endkundenpreise sowie die Reaktivität von Haushalten und Industrie auf Preise bedeuten, dass die EU die Entwicklung des Energiebinnenmarkts weiter vorantreiben sollte, und zwar insbesondere mit der Konzeption eines funktionierenden Elektrizitätsmarkts. In der ganzen EU müssen sich wettbewerbsorientierte Märkte entwickeln, auf denen sowohl Verbraucher als auch Erzeuger flexibel auf Großhandels- oder Endkundenpreissignale reagieren können. Wenn Investitionen in den Energiesektor von Marktkräften gesteuert werden sollen, sind Großhandelspreise notwendig, die Investitions- und Betriebskosten vollständig abdecken.

In all diesen Aspekten sind die kommenden Vorschläge der Kommission zu Marktkonzeption, Endkundenmärkten, erneuerbarer Energie und guter Governance wichtig, um einen innovativen und wettbewerbsfähigen Energiesektor zu schaffen, der Haushalten und Industrie in Europa erschwingliche Energie liefern kann und es der europäischen Industrie ermöglicht, sich erfolgreich dem Wettbewerb in der globalen Wirtschaft zu stellen.

---

<sup>23</sup> Die *Strom*preise für die Industrie stiegen um etwa 2 %; die *Gas*preise blieben stabil oder gingen zurück.